



öffentlich

Betreff:

Vermittlung von ALG II Empfängern

Erstellungsdatum 15.08.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion Grüne/B90

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.08.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
12.09.2006	Ausschuss für Gesundheit und Soziales		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Verhandlungen mit der Bundesagentur für Arbeit und mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales darauf hinzuwirken, dass die Kunden der PAGA (ALG II Empfänger) gleichberechtigt an der Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit teilhaben können.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist schon oft vorgekommen, dass ALG II Empfänger, insbesondere junge gering ausgebildete Langzeitarbeitslose, nicht die Möglichkeit erhalten, eine frei gemeldete Stelle aus dem Pool der Bundesagentur für Arbeit zu bekommen. Stattdessen erhalten diese Stellen dann Kunden der Bundesagentur für Arbeit, die noch ALG I beziehen.
 Erkennbar ist an dieser Verfahrensweise, dass die Kommune bzw. die PAGA den schwieriger vermittelbaren jungen Langzeitarbeitslosen zu wenig aussichtsreiche Förderangebote unterbreiten kann.